

Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen - Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief Nr. 4/18 des Bund für Soziale Verteidigung e.V.

H4361

Innengesellschaftliche Bedrohung in Deutschland

Soziale Verteidigung gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus?

Renate Wanie

Sind die Grundsätze, Wirkungsweisen und Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung, auf der das Konzept der Sozialen Verteidigung (SV) basiert, nicht auch auf Protest, Widerstand und effektive Gegenstrategien zu den rechten Bewegungen anzuwenden? SV ist nach herkömmlichem Verständnis ein Konzept, mit dem sich eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Staatsstreich von innen schützen kann. Der Grundgedanke ist, nicht ein Territorium zu verteidigen, sondern einen Aggressor dadurch scheitern zu lassen, dass die Bevölkerung mit zivilem Widerstand den Gehorsam verweigert.

Grundlage der SV ist Theorie der gewaltfreien Konfliktaustragung

SV wurde von dem Friedensforscher Gernot Jochheim so definiert: „Der Begriff „Soziale Verteidigung“ wird im Rahmen der Theorie der gewaltfreien Konfliktaustragung für jene Konfliktsituationen benutzt, in denen bestehende gesellschaftliche Verhältnisse mit gewaltfreien Mitteln gegen Versuche illegaler Machtergreifung und demokratischen Abbaus von innen oder/und außen verteidigt werden sollen.“¹ Es geht um die Abkehr von der Territorialverteidigung und die Hinwendung zur Erhaltung von Lebensformen, Werten und sozialen Institutionen einer Zivilgesellschaft. Nach dem Verständnis des Friedensforschers Johan Galtung ist „SV [...] die Verteidigung dessen, was man als Lebensweise bezeichnen könnte.“² Dies lässt sich auf die gegenwärtige Situation in Deutschland anwenden: Rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen bedrohen mit ihren menschenfeindlichen Ideologien die verfassungsrechtlichen demokratischen Grundlagen.

Aktuelle politische Herausforderungen aus rechtem Spektrum...

- AfD, eine Partei am rechten Rand mit 92 Abgeordneten im Bundestag – eine Infiltration in die Institutionen?
- 192 AfD-Mitarbeiter*innen im Bundestag (auch aus dem rechtsextremen Spektrum)
- Nazi-Aufmärsche
- Angriffe gegen Geflüchtete, Brandanschläge auf Asylbewerberheime (z.B. 2017 mehr als 700)
- Klima der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Abbau von Menschenrechten und Demokratie
- Identitäre Bewegung: intellektuelle Vordenker der Neuen Rechten fordern eine kulturelle Hegemonie ein.

... und das Konzept der Sozialen Verteidigung

Diese Entwicklungen rufen Gegenmaßnahmen hervor, im Kontext des Konzeptes der SV aber auch viele Fragen. Wer könnten die Träger*innen der SV in diesem „neurechten“ innenpolitischen Bedrohungsszenario sein? Sind es Menschen aus Nichtregierungsorganisationen und den sozialen Bewegungen, kollektive Akteure, die aktiv eingreifen und sozialen Wandel herbeiführen? Könnten soziale Bewegungen auf der Grundlage des Konzeptes der SV im Widerstand gegen „neurechte“ Entwicklungen in Deutschland eine Rolle spielen? Wie könnten Bürger*innen für aktiven gewaltfreien Widerstand gewonnen werden, mit dem Ziel, soziale Strukturen und gesellschaftliche Institutionen zu erhalten? Dazu Christine Schweitzer in der Dokumentation des Bundeskongresses Soziale Verteidigung 1989: „Soziale Bewegungen schaffen



„Frieden ist eine Kunst. Kultur, Konflikt und Widerstand“ ist das Thema unserer Jahrestagung 2019. Das Programm findet sich auf Seite 8. (Graffiti: Banksy)



Musik gab es in der Pause des Studientags des Instituts für Friedensarbeit im November. In den Vorträgen ging es um Zivile Konfliktbearbeitung im Ausland wie angesichts der rechten Bewegungen bei uns im Inland. (Foto: cs)



Drei Postkarten mit solchen Motiven hat der BSV zum kostenlosen Verteilen erstellt. Bitte fordert sie bei uns an!

Diesmal u.a.

Soziale Verteidigung gegen Rechts

Friedensprozess in Kolumbien

Minderheitenkonflikte

LOVE-Storm

Liebe Leserin, lieber Leser,

manchmal scheint es beinahe, als ob die Zeit sich statt vorwärts rückwärts bewegen würde. Präsident Trump hat angekündigt, den INF-Vertrag aufzukündigen zu wollen. Das war der Vertrag für das Verbot von atomaren Mittelstreckenraketen, für den die Friedensbewegung in den achtziger Jahren so gekämpft hatte. Großbritannien wendet sich von EU-Europa ab und verleiht den Bemühungen um eine wirkliche europäische Einigung einen schweren Rückschlag. Im kommenden EU-Parlament werden immer mehr Leute mit dem dezidierten Ziel einziehen, gegen die EU arbeiten zu wollen. Die rechten Bewegungen und die AfD sind unter aktiver Mithilfe einiger bürgerlicher Parteien dabei, ein Klima zu schaffen, das immer mehr an die Zeit vor 90 Jahren erinnert. Auch international gibt es wenig Erfreuliches zu berichten – Jemen, Syrien, Afghanistan, Südsudan, Kolumbien und viele Länder mehr: Entweder werden die Konflikte dort ungebremst ins neue Jahr gehen, oder da, wo es Waffenstillstände und Friedensprozesse gibt, sind diese akut gefährdet.

Es gibt aber auch Hoffnungsschimmer: Sie kommen von den vielen gewaltfreien Bewegungen und Gruppen – bei uns wie in aller Welt – die sich gegen Aufrüstung und für Frieden und gewaltfreie Konflikttransformation einsetzen. Wir brauchen einen langen Atem!

Wir wünschen all denen, die Weihnachten feiern, eine schöne und besinnliche Zeit und allen einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Christine Schweitzer

für das BSV-Team

Rundbrief lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per E-Mail an info@sozialeverteidigung.de mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will.

Unsere Datenschutzerklärung findet sich online auf unserer Website www.sozialeverteidigung.de

Fortsetzung von Seite 1

da, wo sie sich koordinieren, vernetzen und Strukturen schaffen, eine organisatorische Basis, die eine Grundstruktur für eine gesamtgesellschaftliche Fähigkeit zur SV darstellen könnte.“ (S. 115) Ein Gedanke, der auch heute noch aktuell ist.

Was bedroht uns auf dem Hintergrund von rechtsextremen Aufmärschen und Gewalttaten sowie einer rechten Partei, die in den Bundestag eingezogen ist? Z.B. die Verbreitung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, ein revisionistisches Geschichtsbild, völkische Vorstellung von „Volk“ etc. Und was soll verteidigt werden in unserer Gesellschaft? Bei aller Kritik am Sozialstaat (z.B. an Hartz IV), verteidigt werden soll die Aufrechterhaltung einer aufgeklärten, liberalen, demokratischen und den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft.

Lassen sich die verschiedenen Methoden gewaltfreien Widerstands aus der SV, wie die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration, die Nichtzusammenarbeit, Boykottaktionen, Verweigerung und viele andere Formen des Protestes auch aktuell in der von Rechts bedrohten gesellschaftlichen Situation einsetzen? Oder müssten ganz andere gewaltfreie Widerstands- und Protestformen entwickelt werden, um der Politik der AfD und den rechten Bewegungen etwas entgegen zu setzen?

Mit der SV gegen Rechts?

Sind die oben genannten Grundsätze, Wirkungsweisen und Methoden auch auf Widerstand gegen gewaltvolle rechte Bewegungen anzuwenden? Die Frage muss verneint werden. Die Formen gewaltfreien Widerstands aus dem Konzept der SV sind nicht auf die aktuelle, demokratisch gewählte rechte „Okkupation“ von innen – im Bundestag, in Landtagen, in Gemeinderäten – zu übertragen. Ein militärischer Putsch der AfD ist nicht zu erwarten. Dennoch: Welche Formen gewaltfreien Widerstands könnten gezielt eingesetzt werden? Welche Gefahren sich ohne breiten Widerstand gegen menschenverachtende und antidemokratische Bestrebungen entwickeln, zeigen osteuropäische Länder wie z.B. Ungarn und Tschechien. Über demokratische Prozesse erobern sich diese Regierungen die

Macht im Staat und werden peu à peu in autoritäre Regime umgestaltet.

Rechtsradikale Deutungsmuster fallen dann auf erfolgreichen Boden, wenn „durch ökonomische Ungleichheiten, Unsicherheit der Lebensbedingungen und -perspektiven und Konkurrenzdruck sowie Abstiegs- und Ausschlussängste“³ die Entfremdung zwischen den Menschen größer wird und Wut, tiefe Enttäuschung, Zukunftsängste und Entmutigung zunehmen. Soziale Anerkennung bleibt versagt. Ökonomische Deklassierung verbreitet Missgunst und Ausgrenzung und richtet sich gegen als „fremd“ bestimmte Menschen. Hass erfahren die etablierten politischen Eliten, die „da oben“. Hier ist die Politik gefragt, es geht um soziale Gerechtigkeit, Alterssicherung sowie Beschäftigungs- und Sicherheitspolitik. Aber auch eine Mobilisierung von sozialen Bewegungen, z.B. aus der Asyl- und Friedensbewegung, sind notwendig, um Prozesse sozialen und politischen Wandels auf den Weg zu bringen.

Inwieweit sollte das Konzept SV nicht länger auf militärische Bedrohungen und als Alternative zur herkömmlichen militärischen Verteidigung beschränkt bleiben? Soziale Verteidigung bleibt der kollektive Versuch, eine bestimmte Lebensweise gewaltfrei zu verteidigen sowie eine auf Menschenrechten und Demokratie gegründete Gesellschaft zu bewahren und durchzusetzen – wenn diese Strukturen innergesellschaftlich durch gewählte Repräsentant*innen und rechtsradikale Bewegungen bedroht sind. Darüber sollte im BSV weiter nachgedacht und auch diskutiert werden. Ein Konzept der Sozialen Verteidigung gegen innergesellschaftliche rechte Bewegungen ist noch zu entwickeln.

1 Jochheim, Gernot (1988) Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Patmos, S.9

2 Galtung, Johan (1982) Zwei Konzepte der Verteidigung. In: Anders verteidigen, S. 136

3 Spoo, Georg (2017) Wie weiter gegen Rechts? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12, S. 74

Renate Wanie, BSV-Vorstandsmitglied, führte auf der BSV-Jahrestagung 2018 einen Workshop zum Thema durch.

Belarus: Nasch Dom und BSV

Neue Formen der Zusammenarbeit

Elise Kopper

Bereits seit mehr als 10 Jahren begleitet der BSV die Arbeit des belarussischen Menschenrechtsnetzwerks „Nasch Dom – Our House“. Die Aktivist*innen setzen sich in mittlerweile mehr als 15 Städten und Gemeinden in Belarus für die Interessen der Bürger*innen ein und fördern zivilgesellschaftliche Initiativen und Aktivitäten. So organisieren sie beispielsweise öffentliche Kampagnen, um Politiker*innen zur Rechenschaftslegung aufzufordern, oder unterstützen Aktivist*innen, wenn diese Opfer von staatlicher Repression und Gewalt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Nasch Dom und dem BSV verlief bis 2017 überwiegend auf extern finanzierter Projektbasis. Die letzten Anträge von Nasch Dom zur Fortführung mehrerer Projekte wurden allerdings vom Auswärtigen Amt aus unterschiedlichen Gründen nicht bewilligt, weshalb die gemeinsame Arbeit von Seiten des BSV zuletzt überwiegend ehrenamtlich geleistet wurde.

Um über neue Formen der Zusammenarbeit nachzudenken, kamen deshalb im April 2018 Vertreterinnen des BSV und von Nasch Dom zu einem andertagehaltigen Treffen in Berlin zusammen. Bei diesem Treffen entstanden viele Ideen, von denen einige bereits umgesetzt werden konnten. So wurde auf der diesjährigen Mitgliederver-

sammlung des BSV erfolgreich die Einsetzung einer neuen „AG Belarus“ beantragt. Die Idee der AG ist, die Arbeit von Nasch Dom weiterhin zu begleiten, den Kontakt zu den Belaruss*innen zu halten, einen Raum des Erfahrungsaustausches zu bieten und gegenseitige Unterstützung zu ermöglichen.

Eine weitere Neuentwicklung ist, dass Nasch Dom nach längerer Pause nun wieder einen Newsletter in deutscher Sprache herausgibt. Im Laufe weniger Monate sind bereits drei Ausgaben erschienen, jede mit eigenem thematischen Schwerpunkt. Thema des ersten Newsletters war ein Kongress, zu dem der weißrussische Präsident Lukaschenko im Frühjahr 2018 zahlreiche nationalistische und rechtsextreme europäische Parteien eingeladen hatte, darunter die österreichische FPÖ, den französischen Front National und auch die AfD. Im zweiten Newsletter ging es um die aus zivilgesellschaftlicher Perspektive besorgniserregenden Beziehungen zwischen Lukaschenko und dem tschetschenischen Präsidenten Kadyrow. In der dritten Ausgabe konnten wir von einigen beeindruckenden Erfolgen der kommunalpolitischen Arbeit von Nasch Dom lesen.

Die detailreichen Berichte führen uns vor Augen, wie wenig wir hierzulande über die Verhältnisse in dieser „letzten

Diktatur Europas“ wissen. Und sie zeugen davon, wie mutig und beharrlich sich die Aktivist*innen von Nasch Dom trotz allgegenwärtiger Repressionen für einen demokratischen Wandel in ihrer Heimat einsetzen. Wir hoffen sehr, dass wir auch in Zukunft den konstruktiven Austausch mit Nasch Dom fortführen können und freuen uns über jedes Interesse an unserer Belarus-Arbeit!

Wer in der AG Belarus mitarbeiten möchte, melde sich gerne im BSV-Büro. Wer den deutschen Newsletter von Nasch Dom beziehen möchte, kann sich dazu auf unserer Website eintragen: www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/belarus/newsletter/.

Elise Kopper ist Mitglied in der Belarus-AG und im BSV-Vorstand.

Syrienkampagne: Ende des Bundeswehrmandats in Sicht

Am 18.10.2018 verlängerte der Deutsche Bundestag mit 361 Ja-Stimmen zu 294 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen und 50 nicht abgegebenen Stimmen das Bundeswehrmandat für Syrien und den Irak um ein weiteres Jahr. Doch diese Mandatsverlängerung könnte die letzte gewesen sein, denn für das kommende Jahr zeichnet sich bereits jetzt eine erfreuliche Wendung ab: Das Kabinett hat überraschend kurz vor der Abstimmung angekündigt, den Bundeswehreininsatz in Syrien zum 31.10.2019 beenden zu wollen.

Die auch vom BSV mitgetragene Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ feiert damit einen entscheidenden Teilerfolg. Sie setzt sich seit 2016 mit Lobbyarbeit und öffentlichen Aktionen für die Beendigung des Bundeswehrmandats in Syrien ein. Dass dieses noch sehr junge Bundeswehrmandat nach nur knapp vier Jahren Einsatzzeit wieder beendet werden soll, eröffnet nun neue Chancen: Die Bundesregierung sollte die dadurch freiwerdenden Mittel in zivile Projekte der Friedensförderung investieren.

Infos zur Kampagne unter www.macht-frieden.de.



Olga Karatsch, die Autorin und Ewegenia I. (Adliga) bei dem Treffen in Berlin. (Foto: cs)

Friedliche Lösungen von Regionalkonflikten

Hilft Tango tanzen?

Outi Arajärvi

Auf dem BSV-Fachgespräch „Regionalkonflikte in Europa“ Ende September 2018 in Berlin wurden intensiv die Konfliktlösungen auf den Ålandinseln, in Nordirland und in Katalonien analysiert. Das hat uns verschiedene Perspektiven eröffnet, um über die Erfolgsfaktoren zu diskutieren, die für eine friedliche Lösung hilfreich sein könnten. Natürlich sind all diese Konflikte komplex. Dennoch gibt es Faktoren, die tendenziell eher zu einer friedlichen Lösung beitragen, als den Konflikt zu schüren.

Die wichtigste Voraussetzung für eine Lösung ist natürlich die Bereitschaft der Akteure, sich auf einen Friedensprozess einzulassen. Aber in den meisten Fällen fehlt es gerade daran. Die Frage ist daher viel eher, wie man die Akteure davon überzeugen kann, dass eine friedliche Konfliktbearbeitung möglich ist und ein Kompromiss erarbeitet werden kann.

Internationaler Druck

Sehr häufig wird darauf gesetzt, dass externe, internationale Instanzen (UNO, EU, neutrale Staaten) in einem Konflikt vermitteln. Allerdings passiert dies meistens sehr spät, wenn die Fronten schon sehr verhärtet sind oder es bereits zu Gewaltanwendung gekommen ist. In dem aktuellsten Fall in Europa, in Katalonien, hat die EU sich auch konstant geweigert, in den Konflikt mäßigend einzugreifen. Es sei eine rein innerspanische Angelegenheit, hieß es.

Die Studie „Conflict Regulation through Self-Rule“ (2015) von Felix Schulte, der verschiedene Faktoren für gelungene Konfliktlösungen durch Autonomieregelungen untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass eine internationale Beteiligung allein keinen Effekt hat, wie die vielen gescheiterten Verhandlungen der Vergangenheit zeigen. Aber wenn ein Prozess in Gang kommt, kann es einen beschleunigenden Effekt haben; in der Ålandfrage hatte die Entscheidung des Völkerbundes 1922, die den sich eher mit Schweden identifizierenden Inselbewoh-

ner*innen einen Autonomiestatus innerhalb Finnlands gab, einen sehr positiven Effekt.

Dialogangebote

Dialogangebote können von externen, internationalen Stellen kommen, aber auch nationale und kommunale Initiativen, NGOs, Kirchen etc. können den Prozess stark beeinflussen. Dies haben wir an dem Beispiel von Nordirland, wo Bürgerrechts- und Friedensorganisationen eine wichtige Rolle spielten, gesehen. Auch unser Gastredner beim Fachgespräch, Dr. Karsten Lenk, empfiehlt konstruktiven Dialog auf verschiedenen Ebenen. Unterschiedliche Zugänge auf allen gesellschaftlichen Ebenen, wie Bildung, Medien und Politik, können Frieden befördern.

Ökonomische Differenzen berücksichtigen

Wirtschaftliche Motive spielen fast immer eine große Rolle bei Regionalkonflikten: Entweder fühlt sich eine Minderheit benachteiligt oder, wie in Katalonien, Südtirol und Flandern, die Befürworter*innen einer Unabhängigkeit beklagen, dass sie zu viel für die anderen Landesteile bezahlen müssen. In erfolgreich verlaufenen Autonomieregelungen dagegen, wie z.B. bei den Ålandinseln, gab es nur geringe wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Landesteilen. Maßnahmen zur größeren Gleichstellung der Landesteile, z.B. durch Steuern oder Infrastrukturmaßnahmen, können Konflikte befrieden.

Identitäten anerkennen, aber auch dekonstruieren

Identität wird immer im Kampf für Selbstständigkeit betont, oft auch als die wichtigste Frage konstruiert und missbraucht. Es gibt viele Fälle, wo kulturelle und sprachliche Identität wichtig sind und wo sie anerkannt und geschützt werden sollten. Für gelungene und nachhaltige Konfliktlösungen ist es jedoch nötig, dass die Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden und Grenzen im Kopf, die vermeintlich un-



Wichtigstes Organ der åländischen Selbstverwaltung ist das Lagting (Landtag), das in diesem Gebäude in Mariehamn tagt. (Foto: Pjt56, <https://commons.wikimedia.org/>)

überbrückbare Unterschiede markieren, abgebaut werden.

Nachhaltige Lösungen – Tango tanzen

Die schon seit fast hundert Jahre dauernde Lösung der Ålandfrage zeigt, dass es ganzheitliche Regelungen braucht, die alle obigen Faktoren berücksichtigen und weiterentwickeln. Sowohl die sprachlichen wie auch die kulturellen Eigenheiten der schwedischsprachigen Bevölkerung wurden garantiert, eine klare, jedoch flexible Gewaltenteilung sowie Regelungen für Steuern vereinbart, Demilitarisierung und Neutralität international geregelt.

Die Regierungschefin der åländischen Selbstverwaltung Camilla Gunell hat die notwendige ständige Weiterentwicklung der Autonomie mit Tango tanzen verglichen: ein partnerschaftlich vorgeführter stilvoller Tango braucht Gleichgewicht, Taktgefühl, gute Haltung und Leidenschaft.

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV.

Friedensprozess in Kolumbien

Der Frieden wird an der Basis gelebt!

Wolfgang Chr. Goede

Kolumbien: Der längste Bürgerkrieg der Geschichte ist passé. Nach 70 Jahren beendeten ihn die Wahlen. Aus der FARC-Guerilla wurde die FARC-Partei. Seit August bestimmt sie das Schicksal des Landes mit. Alles gut?

Nein! Die Medien berichten kaum noch, doch in Kolumbien brodelt es weiter. Davon konnte der Autor sich bei einem Besuch in einem Übergangslager der FARC bei Ituango überzeugen. Im Barackendorf warten Ex-Kämpfer auf die Wiedereingliederung ins Zivilleben, u.a. mit Lehrstellen und Jobs. Doch die von der Regierung versprochenen Leistungen bleiben aus. Viele Ehemalige robben sich, frustriert und nicht immer ganz legal, selber in die Gesellschaft zurück.

In Lagergesprächen erfährt man, dass viele fast ihr ganzes Leben im Untergrund verbracht hatten. Sie stammen aus armen, ständig von Paramilitärs bedrohten Campesino-Familien. Zur Selbstverteidigung hatten sie sich meist sehr jung der FARC angeschlossen. Ratlos blicken sie in die Zukunft.

Trotz erstaunlich ruhig verlaufener Wahlen – mit den im Wahlkampf sichtbaren FARC-Politiker*innen, oft mit Tomaten beworfen – bleibt der Weg zum Frieden weit. Etliche FARC-Einheiten, unzufrieden mit dem Friedensvertrag, bleiben als Dissidenten im Busch. In Tumaco an der Pazifikküste gibt es täglich Schiebereien und Tote. Mafiöse Abtrünnige versuchen dort, den Kokainhandel an sich zu reißen.

Ex-Präsident José Manuel Santos war beim Friedenswerk die Luft ausgegangen. Sein Ziel, auch die ELN-Guerilla zu befrieden, blieb auf der Strecke. Ihre Anschläge tragen zur Unsicherheit im Lande bei. Den Friedensnobelpreis müsste Santos zurückgeben, sagen viele seiner Landsleute.

Die Quittung bekam er bei den Präsidentschaftswahlen: Seine Partei schied in der Vorrunde aus. Santos ewiger Widersacher, Ex-Präsident Álvaro Uribe, der in seiner Amtszeit die FARC bis aufs



Der Autor mit dem Kommandanten des FARC Übergangslagers Ituango. (Foto: Goede)

Messer bekämpft hatte, war der Gewinner. Er setzte seinen Kandidaten durch, den bis dahin unbekanntes Iván Duque. Der neue Präsident gehört dem rechtskonservativen Lager an, dem der Oligarchie und Latifundisten.

Sein Gegenkandidat war Gustavo Petro, ehemals glückloser Bürgermeister von Bogotá und davor bei der M-19-Guerilla. Immerhin brachte er es auf 31 Prozent der Stimmen, zehn Prozent weniger als der Wahlsieger, ein respektable Erfolg.

Petros Linkskandidatur war untergraben worden von chaotischen politischen Zuständen und der rapiden Verarmung im Nachbarland Venezuela. Viele Kolumbianer*innen befürchteten, dass mit Petro ihr Land einen ähnlichen Weg genommen hätte.

Wo steht das Land am Ende eines aufregenden Wahljahres? Der Friedensprozess liegt auf Eis, besonders die darin vereinbarte Landreform. Die extrem ungleiche Verteilung des Bodens und eine sich breit spreizende Reich-Arm-Schere waren und bleiben die Ursache für soziale Unruhen und Bürgerkrieg.

Viele Bürger*innen sind sauer, dass bisher kaum ein FARC-Verantwortlicher für die Massaker vor Gericht stand. Ungeschoren bleiben auch die Paramilitärs. Die FARC-Partei selbst ist fast hoffnungslos zerstritten, ohne politische Strategie aus dem grottigen Marxismus-Leninismus. Ohne die im Friedensvertrag garantierten zehn Senats-

sitze wäre die FARC mit 85.000 Stimmen untergegangen.

Diese turbulente Politzene wird angefaßt von einer neuen Krise, die über Kolumbien hereingebrochen ist. Es wird von Millionen Flüchtlingen aus Venezuela „überschwemmt“. Rassismus ist in den USA, in Deutschland – und nun auch in Kolumbien an der Tagesordnung.

Fazit: Kolumbien ist erneut voll im Krisen-Modus, wie so oft in seiner wechselvollen Geschichte. Was aber der guten Laune seiner Menschen, ihrem Optimismus und einer imposanten Wirtschafts-Performance kaum Abbruch tut. Die Regierenden, viele unter Korruptionsverdacht, nehmen sowieso nur wenige ernst.

Daher gilt, dass der Frieden im Kleinen gelebt werden muss, in den Nachbarschaften und Communities, wo neue Brücken des Verständnisses und der Zusammenarbeit geschlagen werden müssen.

Bei der Ermutigung dazu, dem Vermitteln von Methoden spielen NGOs und die internationale Zivilgesellschaft eine zündende Rolle!

Wolfgang Chr. Goede ist Politologe und Journalist. Er lebt in München und Medellín. Das Familienprojekt Hostal la Finca ist ein Zentrum seines Engagements. Kolumbiens Bürgerkriegsgeschichte rollt der Autor in „Alpha Deus“ literarisch auf. <https://www.amazon.de> > Alpha-Deus-Wolfgang-Chr-Goede

LOVE-Storm-Aktionen

Wie Gegenrede im Internet funktioniert

Elisabeth Schauermann

Alle Internetnutzer*innen, die Hass im Netz beobachten oder selbst davon betroffen sind, können über ein einfaches Onlineformular auf www.love-storm.de entsprechende Kommentare, Social Media Posts, Forenbeiträge und ähnliches melden. Nach einer Prüfung auf der Plattform werden die Meldungen zu Aktionen, das heißt, trainierte LOVE-Storm-Nutzer*innen können einzeln oder gemeinsam darauf reagieren und Gegenrede betreiben. Die Community der Aktiven auf der LOVE-Storm-Plattform wächst durch regelmäßig stattfindende Trainings stetig. Dank des Feedbacks einer Meldenden bekommen wir einen Einblick in die Erfahrung der Betroffenen. Der Ablauf einer Aktion lässt sich sehr gut an diesem Beispiel illustrieren:

Die LOVE-Storm-Nutzerin Elisabeth (nicht die Autorin!) hatte an einer Demonstration für die reproduktiven Rechte von Frauen teilgenommen und ihren privaten Twitteraccount genutzt, um auch digital ein Statement für das Recht auf sichere Abtreibung zu setzen – mit dem bekannten Slogan „My body, my choice“ und einem Foto der Kundgebung. Sie wurde daraufhin sexistisch angegriffen. Jemand hinter einem ihr unbekanntem Profil kommentierte ihren Tweet aggressiv. Auf Twitter sind solche Interaktionen im Normalfall öffentlich sichtbar. Anstatt allein gegenzureden, meldete Elisabeth den Vorfall auf www.love-storm.de, um Hilfe zu holen. Sie beschreibt ihre Gründe, sich an LOVE-Storm zu wenden, so: „Ich hatte gleichzeitig das Gefühl, dass ich den Tweet und die Reaktion und meine Gefühle darum nicht ignorieren werde, aber auch nicht unüberlegt und verletzt antworten würde und mich damit vielleicht sogar noch verletzbarer machen würde.“

Nicht allein reagieren zu müssen und auf Hilfe hoffen zu können, war schon ein erster Schritt zur Deeskalation. Diese Unterstützung geht bei LOVE-Storm nicht nur nach außen – zu den Meldenden und Angegriffenen – sondern ist auch ein Grundpfeiler für die Aktiven untereinander. Nach einem Online-Train-

ing werden deshalb alle Teilnehmer*innen Teil einer Aktionsgruppe, um sich weiterhin mit den Mittrainierenden auszutauschen, sich gegenseitig zu alarmieren und zu helfen. Sobald eine Meldung freigeschaltet wurde, können alle, die ein Training gemacht haben, bei der Aktion mitmachen, sich gegebenenfalls über Strategien austauschen und ihre Gruppen auf der Plattform dazu holen.

Das Ziel einer LOVE-Storm-Aktion ist es, durch aktives Kommentieren die Angegriffenen solidarisch zu unterstützen, Mitlesende zur Zivilcourage zu mobilisieren und dem Angreifenden gewaltfrei, aber klar Grenzen zu setzen. Dabei variiert die Dynamik der gemeldeten Online-Interaktionen. Bei manchen ist es notwendig, zeitnah einzugreifen, um ein Eskalieren abzuwenden. Bei anderen wiederum ist Gegenrede auch nach einem oder sogar mehreren Tagen noch sinnvoll. Elisabeth beschrieb in ihrer Meldung, dass ein unmittelbares Eingreifen nicht unbedingt nötig war. Innerhalb einiger Stunden reagierten zwei Accounts auf die Aktion. Sie sprachen Elisabeth direkt an und hinterließen Kommentare zu dem Tweet, die sich teilweise argumentativ auf die Thematik bezogen, aber auch Aufmunterung enthielten. Es wurde versucht, den angreifenden Account verantwortlich zu halten, ohne dabei selbst zum/zur Aggressor*in zu werden. Dieser äußerte sich noch einmal, aber die Situation eskalierte nicht weiter. Elisabeth berichtete, sie fühlte sich dank der Unterstützung weniger angegriffen und kam sogar zu einer Akzeptanz für die Meinungsunterschiede, die sich in dem kurzen Austausch gezeigt hatten. Eventuelle stille Mitleser*innen konnten beobachten, dass den aggressiven Pöbeleien widersprochen wird und ein respektvoller Umgang eingefordert wird.

Es zeigt sich wiederholt, dass eine Meinungsänderung durch Argumentation und Fakten schwer möglich ist, vor allem bei singulären Interaktionen, die nur online ablaufen. In den LOVE-Storm-Online Trainings und in Aktionen erarbeiten sich die Aktiven deshalb ge-



meinsam Strategien, die Hassspiralen durchbrechen, ohne den Anspruch zu haben, die Angreifenden von einer Meinung zu überzeugen. Die, die im Internet aktiv Hass verbreiten, sind eine sehr kleine, aber überproportional sichtbare Gruppe, zivilcouragiertes Handeln von vielen in digitalen Räumen ist deshalb umso wichtiger.

Elisabeth Schauermann ist Mitarbeiterin bei LOVE-Storm.

LOVE-Storm-Online Trainings für Zivilcourage im Internet finden regelmäßig statt. Termine und Anmeldung unter www.love-storm.de/online training.

BSV-Mitgliederversammlung 2019

Anschließend an die Jahrestagung 2019 findet am 7. April 2019 in Hannover die jährliche Mitgliederversammlung des BSV statt. Die Mitglieder des BSV werden dazu natürlich noch eine schriftliche Einladung erhalten. Thema wird u.a. das mit dem Spendenmailing im November verschickte Papier zu Sozialer Verteidigung sein. Und es stehen auch Vorstandswahlen an. Da nicht alle derzeitigen Vorstandsmitglieder wieder kandidieren, würden wir uns über Interessensbekundungen, sich auf diese Weise ehrenamtlich in die Arbeit des BSV einzubringen, freuen. Bitte wendet Euch, falls Ihr dazu Fragen habt, an die Geschäftsstelle oder eines der bisherigen Vorstandsmitglieder.

Abrüstung

Das Szenario „Sicherheit neu denken“ zieht weitere Kreise

Stephan Brües

An dieser Stelle haben wir bereits häufiger über das Szenario „Sicherheit neu denken“ berichtet, das aus einer von der Ev. Badischen Landeskirche im Zuge ihres friedensethischen Prozesses erwachsenen Arbeitsgruppe entstanden ist. Unter anderem war es ja auch ein Programmpunkt auf unserer Jahrestagung im April.

Nun soll daraus eine Informationskampagne aus der Kirche heraus und in Verbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen entstehen, die eine ausschließlich zivil und friedenslogisch orientierte Außen- und Sicherheitspolitik in die Köpfe und Herzen der Bürger*innen und Politi-

ker*innen bringen soll. Ein Vorbild ist die Erlassjahr-Kampagne Ende der 1990er Jahre.

In einer ersten Vorsondierung am 27.06. haben Vertreter*innen wichtiger christlich orientierter Friedensgruppen wie Pax Christi, Church & Peace, EIRENE, Mennonitisches Friedenskomitee und Forum Friedensethik innerhalb der Badischen Landeskirche, aber auch der BSV, das Forum ZFD, die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden und Ohne Rüstung Leben teilgenommen und eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, bei einer solchen Kampagne im Rahmen ihrer Möglichkei-

ten mitzuwirken. Auch die DFG-VK diskutiert das Szenario.

Durch verschiedene Lobbygespräche und Präsentationen ist das Szenario inzwischen auch in der Wissenschaft (Vereinigung deutscher Wissenschaftler*innen, Club of Rome) und in der Politik (Parlamentarier*innen, Heinrich-Böll-Stiftung, Entwicklungsministerium) angekommen – mit insgesamt positiver Resonanz. Die Kurz- und Langfassung waren bereits nach kurzer Zeit vergriffen und werden neu aufgelegt.

Um so motivierter sind die Aktiven der Arbeitsgruppe „Sicherheit neu denken“ und die Verantwortlichen der Badischen Landeskirche, für den 12.12., von 11.30 bis 17.00, zu einem Sondierungstreffen nach Karlsruhe in das Oberkirchenamt in der Blumenstr.1-7 einzuladen.

Stephan Brües, Co-Vorsitzender des BSV und als Mitglied der AG „Sicherheit neu denken“ Mitautor des Szenarios.



Postkarten von „Globaler Frieden goes mainstream“.

Materialien

In den letzten Monaten sind einige neue Hintergrund- und Diskussionspapiere erschienen:

HuD 58: „Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung“. Das ist die Doku unserer Jahrestagung 2018. (Das Papier erschien nach HuD 59.)

HuD 60: „Erfolgreiche Konfliktbearbeitung – Schlüsse aus der Beilegung des Grenzkonflikts zwischen Peru und Ecuador“, von Theresa Bachmann.

HuD 61: „Kein Frieden in Sicht – der Nahostkonflikt“, von Mateo Hima.

HuD 62: „Die Lage der Avá-Guaraní und der Pái tavyterá in Nord-Ostparaguay. Fallstudien zur Konfliktbearbeitung“, von Vanessa Knecht.

Diese Papiere können alle als PDF kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden; gedruckte Exemplare gibt es im Shop.

Das Projekt „Think Peace“ hat drei unterschiedliche Postkarten erstellt, die als Werbung für das Projekt ausgelegt werden können. Sie gibt es umsonst zum Verteilen bei uns!

Wir haben weiter das „Handbuch für gewaltfreie Kampagnen“ vorrätig. Eine soziale Umwälzung passiert nicht einfach so. Sie ist das Ergebnis der Arbeit engagierter Aktivist*innen, die für eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens kämpfen. Aktionen für soziale Gerechtigkeit gut vorzubereiten, ist der Schlüssel zum Erfolg. Darum geht es in diesem Handbuch, das von den War Resisters' International erarbeitet wurde. Preis: 18,90 €.

Bitte um Geschichten und Bilder

Happy Birthday, BSV!

2019 wird der BSV 30 Jahre alt – er wurde ein Jahr nach dem Bundeskongress zur Sozialen Verteidigung gegründet. Auch wenn viele unseren Geburtstag im Grunde schon in diesem Jahr bei der Tagung zu Sozialer Verteidigung gefeiert haben: Ein bisschen feiern möchten wir das kommende Jahr nochmal. Wir würden dazu gerne eine oder zwei Stellwände mit Fotos, vielleicht alten Briefen und Geschichten gestalten. Also: Wer so etwas bei sich zu Hause hat, schicke es uns doch! Fotos natürlich am liebsten gescannt, aber wir könnten sie auch bei uns scannen und zurücksenden, falls jemand von Euch uns Bilder oder Briefe zu diesem Zweck anvertrauen mag.

Frieden ist eine Kunst Kultur, Konflikt und Widerstand

Tagung vom 5. bis 7. April 2019 in Hannover

Freitag

- 18.00 Eintreffen, Abendessen
- 19.30 Eröffnung
- 20.00 **Kunst als Widerstand gegen Krieg**
 Vortrag von Hans Wallner, Kunst für Frieden e.V.
- 21.30 Vorstellung des Fotowettbewerbs
- 21.45 Ausklang

Samstag

- 8.45 Erläuterungen zum Ablauf des Samstags; Vorstellung der ersten vier Themen/AGs in Kurzvorträgen à 15 Minuten durch die Gestalter*innen der Arbeitsgruppen
- 10.15 Aufteilung in die Arbeitsgruppen und Pause
- 10.30 **Arbeitsgruppen**
 1. Denkmäler für Frieden/Deserteursdenkmäler (Ralf Buchterkirchen, DFG-VK)
 2. Arpilleras (Gaby Franger-Huhle, Nürnberg)
 3. Kunst als Mittel im globalen Lernen (Kulturpixel e.V.)

- 4. Frieden in Aktion. Kreativen Protest selber machen (Sarah RoBa, Hannover)
- 5. Kunst u. Vergangenheitsbewältigung (Krischan Oberle, BSV)
- 12.30 Mittagspause
- 14.00 Vorstellung der Ergebnisse von AG 1 bis 5
- 15.00 Kaffeepause
- 15.15 Vorstellung der zweiten vier Themen/AGs in Kurzvorträgen à 15 Minuten durch die Gestalter*innen der Arbeitsgruppen
- 16.15 Aufteilung in die Arbeitsgruppen
- 16.30 **Arbeitsgruppen**
 6. Malerei (Martina Jäger, Würzburg)
 7. Theater der Unterdrückten (Renate Wanie, BSV)
 8. Friedenslieder (Tilo Wieser, Well AsCop Music Project)
 9. Austausch über Kunst als Mittel in den Sozialen Bewegungen (Kunst für Frieden e.V.)

- 18.30 Abendessen
- 19.30 Vorstellung der Ergebnisse von AG 6 bis 9
- 21.00 Bunter Abend mit Prämierung der Sieger*innen des Fotowettbewerbs

Sonntag

- 9.00 **Zusammenführen des Themas, Abschluss der Tagung**
 (externe Moderation angefragt)
- 10.00 Ende der Tagung
- (10.15 **BSV-Mitgliederversammlung**)
- 13.00 Mittagessen und Abreise

Tagungsort: Naturfreundehaus Hannover, Hermann-Bahlsen-Allee 8, 30655 Hannover

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ.



(Bild: Martina Jäger, Würzburg)

Anmeldung

Name _____
 Org. _____
 Straße _____
 Ort _____
 E-Mail _____

Ich möchte zwei Übernachtungen (inkl. vier Mittag- bzw. Abendessen):

- im Mehrbettzimmer 110,- €
- im 2-Bett-Zimmer 118,- €
- im Einzelzimmer 130,- €
- keine Übernachtung (exkl. Verpflegung) 15,- €
- Falls die gewünschte Art des Zimmers nicht zur Verfügung steht, bin ich auch mit einer Unterbringung in einer anderen Art des Zimmers einverstanden. (Wir werden versuchen, alle Wünsche zu berücksichtigen, aber alle Arten von Zimmern stehen nur in beschränkter Zahl zur Verfügung.)

Besondere Essenswünsche _____

Den Teilnahmebeitrag

- habe ich auf das Konto des BSV überwiesen,
- bezahle ich bar vor Ort.

Ich nehme zur Kenntnis, dass bei einer Absage nach dem 24. März mir der volle Teilnahmebeitrag in Rechnung gestellt wird.

Eine Kinderbetreuung wird bei Bedarf angeboten. (Bitte bei der Anmeldung nachfragen.)

- Ich melde mich verbindlich mit ___ Teilnehmer*innen zu der Tagung an:
 Anreise am ___ April um ___ Uhr,
 Abreise am ___ April um ___ Uhr.
- Ich nehme an der Mitgliederversammlung teil.

 Datum, Unterschrift